Kalifornien

Senat verbietet RFID in Ausweisen

[23.05.2005] Ein Gesetz, das den Einsatz von RFID-Chips in Ausweisen und Führerscheinen aus Datenschutzgründen verbietet, hat der Senat von Kalifornien verabschiedet. Eine Befassung des Repräsentantenhauses steht noch aus.

Der Senat von Kalifornien hat mit breiter Unterstützung durch Demokraten und Republikaner ein Gesetz verabschiedet, das es Staat und Kommunen verbieten würde, Ausweise und Führerscheine mit einem RFID (Radio Frequency Identification) Chip auszugeben. Damit soll Befürchtungen entgegen getreten werden, dass private Daten von Unbefugten ausgelesen werden könnten und der Datenschutz gestärkt werden. Im nächsten Schritt wird sich die zweite Kammer, das Repräsentantenhaus von Kalifornien, mit dem Gesetz befassen. Das erste Gesetz seiner Art hat nach der vorangegangenen Entscheidung der Regierung in Washington, neue Pässe mit RFIDs auszugeben, in den gesamten USA große Aufmerksamkeit erregt. Durch sein Inkrafttreten würde das Auslesen und der Versuch des Auslesens von Ausweisen, ohne Zustimmung ihrer Besitzer, illegal. Da RFID-Leser öffentlich erhältlich sind, besteht die Besorgnis, dass sogenannte Identitätsdiebstähle weiter zunehmen. Im vergangen Jahr wurden bereits 39.000 Kalifornier Opfer derartiger Straftaten. Dabei nutzen die Täter illegal erlangte Daten etwa für das Eröffnen und Überziehen von Bankkonten, das Bestellen teuerer Waren oder das Mieten von Autos auf Kosten der Opfer.

(hi)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Kalifornien, RFID, Ausweis, Datenschutz, Identitätsdiebstahl